Nr.	Behörden und TÖB	Datum	Inhalt der Stellungnahme	Umgang mit der Stellungnahme/ Berücksichtigung im Entwurf
01	Landesdirektion Sachsen, Höhere Raumordnungs- behörde	19.11.2020	<p>Nach Prüfung des o. g. Bebauungsplanes anhand der zur Verfügung gestellten Unterlagen gibt die Raumordnungsbehörde folgende raumordnerische Stellungnahme ab: Dem o. g. Bebauungsplan stehen grundsätzlich keine Erfordernisse der Raumordnung entgegen, da er aus dem wirksamen Flächennutzungsplan der Gemeinde Weinböhla entwickelt wird.</p> <p><u>Begründung</u> <u>Sachverhalt</u> Die Gemeinde Weinböhla beabsichtigt, auf einer Fläche von 1,5 ha ein Wohngebiet für bis zu 16 Einfamilienhausgrundstücke mit jeweils max. 2 Wohnungen zu entwickeln. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist im wirksamen Flächennutzungsplan der Gemeinde Weinböhla als geplante Wohnbaufläche (W 3 ‚Forststraße‘) ausgewiesen.</p> <p><u>Rechtliche Grundlagen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Landesentwicklungsplan Sachsen 2013 (LEP 2013) vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 582), verbindlich seit 31. August 2013, (LEP 2013); • Regionalplan Oberes Elbtal/Osterzgebirge, 2. Gesamtfortschreibung 2020, wirksam seit 17. September 2020 mit Bekanntmachung der Genehmigung im Anzeiger des Sächsischen Amtsblattes Nr. 38/2020 <p><u>Raumordnerische Bewertung</u> Der vorgelegte Bebauungsplan wird aus dem wirksamen Flächennutzungsplan der Gemeinde Weinböhla entwickelt. Insofern stehen der Planung keine Erfordernisse der Raumordnung entgegen. In Bezug auf die Festlegungen zum Kulturlandschaftsschutz in Karte 3 des Regionalplanes Oberes Elbtal/Osterzgebirge bitten wir um Berücksichtigung der Stellungnahme des Regionalen Planungsverbandes.</p> <p><u>Hinweise</u> Einschränkende Nutzungsbedingungen oder konkurrierende Nutzungsansprüche aus dem Raumordnungskataster sind für die überplante Fläche nicht bekannt. Im Übrigen weisen wir darauf hin, dass die 2. Gesamtfortschreibung des Regionalplanes Oberes Elbtal/Osterzgebirge mit Bekanntmachung der Genehmigung am 17. September 2020 wirksam geworden ist. Hinweise und Anregungen zu der nach § 2 Abs. 4 BauGB erforderlichen Umweltprüfung werden durch die Raumordnungsbehörde nicht gegeben, da die Festlegung von Umfang und Detaillierungsgrad nicht Gegenstand der Raumordnung ist. Wir bitten Sie, uns über den weiteren Fortgang des Verfahrens (Abwägung, Genehmigung, Inkraftsetzung) im Rahmen Ihrer gesetzlichen Mitteilungspflicht gemäß § 18 SächsLPIG zu informieren.</p>	<p>– Kenntnisnahme, kein inhaltlicher Handlungsbedarf</p> <hr/> <p>– Regionaler Planungsverband ist beteiligt, Stellungnahme wird soweit möglich berücksichtigt</p> <hr/> <p>– Kenntnisnahme – Begründung wird hinsichtlich des wirksamen Regionalplanes, 2. Gesamtfortschreibung, aktualisiert</p>

Nr.	Behörden und TÖB	Datum	Inhalt der Stellungnahme	Umgang mit der Stellungnahme/ Berücksichtigung im Entwurf
02	Regionaler Planungsverband Oberes Elbtal/ Osterzgebirge Verbandsgeschäftsstelle	03.11.2020	Der Vorentwurf des o. g. Bebauungsplans wurde auf der Grundlage der 2. Gesamtfortschreibung des Regionalplans für die Region Oberes Elbtal/Osterzgebirge geprüft. Im Ergebnis der Prüfung teile ich Ihnen mit, dass die Planung mit einem Geltungsbereich von ca. 1,5 ha zur Schaffung von Baurecht für eine innerörtliche Wohnbebauung mit ca. 16 Einfamilienhäusern nicht in Konflikt zu regionalplanerischen Festlegungen steht.	<ul style="list-style-type: none"> – Kenntnisnahme – Begründung wird hinsichtlich des wirksamen Regionalplanes, 2. Gesamtfortschreibung, aktualisiert
03	Landratsamt Meißen, Dezernat Technik Amt für Forst und Kreisentwicklung	08.12.2020	<p>Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB zum Vorentwurf des Bebauungsplanes werden durch die betroffenen Fachbereiche der Landkreisverwaltung rechtlich begründete Forderungen geltend gemacht und Hinweise und Empfehlungen für das weitere Planverfahren vorgetragen.</p> <p><u>1. Belange Wasser</u> <u>Forderungen:</u> Die Unterlagen sind hinsichtlich der Niederschlagswasserbeseitigung zu überarbeiten. Wird die Versickerung von unbelastetem Niederschlagswasser in die textliche Festsetzung aufgenommen, so muss hinreichend nachgewiesen sein, welche Art(en) der Versickerung den technischen und rechtlichen Anforderungen entspricht. Diese Versickerungsart(en) muss/müssen auf allen Parzellen realisierbar sein.</p> <p><u>Begründung:</u> Das anfallende Niederschlagswasser der Baugrundstücke sowie der Erschließungsstraße soll versickert werden. Gemäß beiliegendem Baugrundgutachten sind auf der Planfläche nur eingeschränkte Versickerungsbedingungen vorhanden. Folgerichtig werden sowohl im Baugrundgutachten als auch in der Begründung individuelle Prüfungen der Versickerungsfähigkeit auf den einzelnen Parzellen bzw. standortkonkrete Versickerungsgutachten empfohlen.</p> <p>Im Gegensatz dazu werden allerdings in den textlichen Festsetzungen bereits Rigolenversickerungen mit einer Mindestgröße vorgegeben. Worauf diese in einigen Bereichen aufgrund der hohen Felslinie auch nur flache Muldenversickerungen realisierbar sind. Ebenso können die im Festsetzung beruht, kann nicht nachvollzogen werden, zumal laut Baugrundgutachten Städtebaulichen Konzept eingetragenen Versickerungsflächen nicht nachvollzogen werden.</p> <p>Zusätzlich sollen laut Planung umfangreiche Auffüllungen im Plangebiet erfolgen. Hier wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass in aufgefüllten Bereichen eine Versickerung grundsätzlich nicht zulässig ist.</p> <p>Die Versickerung von Niederschlagswasser bedarf der wasserrechtlichen Erlaubnis gemäß §§ 8 - 10 WHG.</p> <p><u>Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung:</u></p>	<ul style="list-style-type: none"> – Baugrundgutachten wurde nach Rücksprache mit der unteren Wasserbehörde überarbeitet – Festsetzung zur Versickerung auf den Grundstücken wird angepasst, Versickerungsart und Rückhaltevolumen wird nicht festgesetzt, sondern Formulierung ‚über geeignete Anlagen‘, eine erforderliche individuelle Prüfung vor Errichtung der Wohngebäude wird festgesetzt – Begründung wird hinsichtlich der erforderlichen wasserrechtlichen Erlaubnis ergänzt – zu der geplanten Auffüllung erfolgt eine bedingte Festsetzung, die besagt, dass die Auffüllung einheitlich vor den Baumaßnahmen und mit Z0-Material mit einer guten Durchlässigkeit zu erfolgen hat, nach Rücksprache mit der unteren Wasserbehörde ist unter diesen Voraussetzungen eine Vereinbarkeit von Auffüllung und Versickerung gegeben – Versickerungsflächen im Städtebaulichen Konzept zum Vorentwurf stellten lediglich eine mögliche Anordnung dar, eine flächenkonkrete Festsetzung erfolgt nicht – Begründung und Umweltbericht werden entsprechend angepasst <p>– Umweltbericht wird entsprechend der geänderten Versickerungslösung aktualisiert</p>

Nr.	Behörden und TÖB	Datum	Inhalt der Stellungnahme	Umgang mit der Stellungnahme/ Berücksichtigung im Entwurf
			<p>Grundsätzlich müssen die Planungsunterlagen untereinander widerspruchsfrei sein. Daher die Forderung, dass das Problem Niederschlagswasserentsorgung bzw. -versickerung in allen Unterlagen unter Berücksichtigung der vorgenannten fachlichen und rechtlichen Bemerkungen zur textlichen Festsetzung, zum Rechtsplan und zum Baugrundgutachten nachvollziehbar und schlüssig zu überarbeiten sind.</p>	
			<p><u>2. Belange Naturschutz</u> <u>Forderungen:</u> In einem Artenschutzfachbeitrag (AFB) sind das Vorkommen von gesetzlich geschützten Tieren, hier insbesondere Eremiten, Vögel und Zauneidechsen, darzustellen und gegebenenfalls daraus abgeleitet Maßnahmen zur Vermeidung der Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG abzuleiten und darzustellen. <u>Begründung:</u> Das Vorkommen der gesetzlich streng geschützten Arten Eremiten (Osmoderma eremita) und Zauneidechse (Lacerta agilis) sowie besonders geschützter Vögel nach § 7 BNatSchG sind am Standort nicht ausgeschlossen. Grundsätzlich ist es nach § 44 Abs. 1 BNatSchG verboten</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören, 2. wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören, eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert, 3. Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören. <p>Die Darstellung zu Vorkommen gesetzlich geschützter Tiere nach § 7 BNatSchG in einem AFB sind zur abschließenden naturschutzrechtlichen Stellungnahme unabdingbar. Gegebenenfalls begründen sich aus den Ergebnissen des AFB entsprechende Maßnahmen zur Vermeidung von Verstößen gegen die Artenschutzbestimmungen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Artenschutzfachbeitrag wurde erarbeitet, von der unteren Naturschutzbehörde bestätigt und wird im Bebauungsplan-Entwurf, Grünordnungsplan sowie Umweltbericht entsprechend berücksichtigt und den Entwurfsunterlagen zur Beteiligung beigefügt – geforderte Arten wurden untersucht, lediglich Vorkommen von Zauneidechsen nachgewiesen, geeignetes Ersatzhabitat in Weinböhla wird in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde vor Satzungsbeschluss vertraglich gesichert
			<p><u>3. Belange Abfall/ Altlasten/Boden</u> <u>Forderungen für die geplante Geländeanhebung um ca. 1,5 m:</u> Zur Auffüllung von Baugruben oder zur Geländeregulierung, die dann natürliche Bodenfunktionen erfüllen (z. B. Grünflächen), sind ausschließlich Bodenmaterialien der Einbauklasse Z0 der LAGA-Richtlinie Teil II zu verwenden. Entsprechende Herkunftsnachweise bzw. Deklarationsanalysen sind auf Verlangen der unteren Abfall- und Boden-schutzbehörde vorzulegen. <u>Begründung:</u></p>	<ul style="list-style-type: none"> – Hinweis zum Bodenschutz - Verwendung des Einbaumaterials und Herkunftsnachweis - wird auf dem Rechtsplan ergänzt

Nr.	Behörden und TÖB	Datum	Inhalt der Stellungnahme	Umgang mit der Stellungnahme/ Berücksichtigung im Entwurf
			Bei der Durchführung von Erdarbeiten sind die Forderungen des Bundes-Bodenschutzgesetzes (BBodSchG) vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502) in der derzeit gültigen Fassung sowie der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) einzuhalten. Das Auf- und Einbringen von Boden für die Herstellung einer durchwurzelbaren Bodenschicht richtet sich nach den Vorschriften des BBodSchG i. V. m. § 12 BBodSchV, wobei die Vorsorgewerte gem. Anhang 2 Nr. 4 der BBodSchV einzuhalten sind. Hierbei ist auf die sensibelste Art der Nutzung von Böden, die Wirkungspfade Boden-Mensch und bei kleingärtnerischer Nachnutzung auf den Wirkungspfad Boden-Nutzpflanze abzustellen.	
			<u>Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung:</u> Den dargelegten Ausführungen zum geplanten Bodenauftrag und zur Vermeidung möglicher Bodenbelastungen durch die Flächeninanspruchnahme wird durch die untere Abfall- und Bodenschutzbehörde gefolgt.	– Kenntnisnahme, kein inhaltlicher Handlungsbedarf
			<u>4. Belange Immissionsschutz</u> Aus Sicht des vorbeugenden Immissionsschutzes bestehen in Bezug auf Lärm keine Forderungen zum BP Nr. 07/2018 "Wohnbebauung Am Vogel". <u>Hinweis:</u> Es wird empfohlen, neben der Kreisstraße K 8014 auch die Staatsstraße S 80 Moritzburger Straße im Rahmen einer schalltechnischen Untersuchung zu berücksichtigen.	– Schalltechnische Untersuchung wurde zum Entwurf erarbeitet, S 80 Moritzburger Straße wurde berücksichtigt – erforderliche Maßnahmen werden soweit möglich festgesetzt
			<u>5. Belange Kreisstraßen</u> Der Bebauungsplan Nr. 07/2018 ‚Wohnbebauung Am Vogel‘ berührt die laufende Planung für den Ausbau der K 8014 ‚Forststraße‘ . Für den Ausbau der Kreisstraße liegt eine Voruntersuchung (Leistungsphase 2) vor. Die Belange des Straßenausbaus sind im Vorentwurf des Bebauungsplans berücksichtigt. Somit bestehen grundsätzlich keine Einwände gegen den Bebauungsplan.	– Kenntnisnahme, kein inhaltlicher Handlungsbedarf
			Die drei Zufahrten von der Forststraße her sind nicht bemaßt. Es wird darauf hingewiesen, dass diese nur als Anliegerzufahrten bis max. 4 m Breite anzulegen sind. Sollten die Zufahrten vor dem Straßenausbau angelegt und damit Arbeiten am Straßenkörper notwendig werden, wird auf die Zustimmungspflicht gemäß § 18 des Straßengesetzes für den Freistaat Sachsen (Sächsisches Straßengesetz - SächsStrG) hingewiesen.	– Zufahrten werden vermaßt – auf dem Rechtsplan wird ein Hinweis zur Zustimmungspflicht für Zufahrten gemäß § 18 SächsStrG ergänzt – Begründung wird entsprechend ergänzt
			Die Grenze des B-Plans tangiert das Flurstück 2865/2 der Gemarkung WeinböhlA im Eigentum des Landkreises Meißen und das Flurstück 2795/2 im Eigentum der Gemeinde WeinböhlA. Nach Abschluss des Straßenausbaus wird eine Straßenschlussvermessung durchgeführt und alle betroffenen Flurstücke werden entsprechend ihrer Nutzung den jeweiligen Baulastträgern oder betroffenen Dritten zugeordnet.	– Flurstück 2795/2 ist Bestandteil des Geltungsbereiches, Flurstück 2865/2 liegt außerhalb des Geltungsbereiches und grenzt an – aktueller Planungsstand des Ausbaus der K 8014 ist berücksichtigt, auf dem Rechtsplan wird ein Hinweis zur Straßenschlussvermessung ergänzt

Nr.	Behörden und TÖB	Datum	Inhalt der Stellungnahme	Umgang mit der Stellungnahme/ Berücksichtigung im Entwurf
			<p>Zwischen der Gemeinde Weinböhla und dem Landkreis laufen Abstimmungen, die Planung für den Ausbau der K 8014 in den Bebauungsplan ‚Wohnbebauung Am Vogel‘ zu integrieren und somit das Baurecht für die Straße über den Bebauungsplan herzustellen. Grundsätzlich ist die Herstellung des Baurechts über ein gemeinsames Verfahren zu begrüßen. In einer gemeinsamen Abstimmung der Planungsstände sollte diese Möglichkeit im Detail erörtert und weitere Schritte abgewogen werden.</p>	<ul style="list-style-type: none"> – nach Abstimmungsgesprächen wurde von gemeinsamer Planung Abstand genommen, aktueller Planungsstand des Ausbaus der K 8014 ist berücksichtigt
			<p><u>6. Belange Denkmalschutz</u> Gegenwärtig sind im bezeichneten Gebiet keine baulichen Kulturdenkmale im Sinne von § 2 SächsDSchG bekannt. Baudenkmalschutzrechtliche Belange sind nicht berührt. Gegen die vorliegende Planung bestehen daher keine Einwände.</p> <p><u>Hinweise:</u> Das Vorhaben ist von archäologischer Relevanz. Die hohe archäologische Relevanz des Vorhabenareals belegen archäologische Kulturdenkmale aus dem Umfeld, die nach § 2 SächsDSchG Gegenstand des Denkmalschutzes sind. Es handelt sich dabei um ein neolithisches Gräberfeld (D-61040-08) und um eine bronzezeitliche Siedlung (D-61040-16).</p> <p>Vor Beginn von Bodeneingriffen im Rahmen von Erschließungs- und Bauarbeiten müssen durch das Landesamt für Archäologie im von Bau-tätigkeit betroffenen Areal archäologische Grabungen durchgeführt werden. Dazu ist eine denkmalschutzrechtliche Genehmigung für die Bodeneingriffe (§ 14 SächsDSchG) erforderlich. Auftretende Befunde und Funde sind sachgerecht auszugraben und zu dokumentieren. Rechtzeitig vor Baubeginn sind mit dem Landesamt für Archäologie Art und Umfang der erforderlichen archäologischen Grabungen abzustimmen. Der Nachweis ist der Baubeginnanzeige in Kopie beizufügen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Hinweis zur archäologischen Relevanz und zum Grabungserfordernis wird auf dem Rechtsplan ergänzt
			<p><u>7. Belange Brand- und Katastrophenschutz</u> Aus Sicht des vorbeugenden Brand- und Katastrophenschutzes bestehen bei Einhaltung nachfolgender Forderungen keine Einwände zu o. g. Planung.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Es muss eine Löschwassermenge von mind. 48 m³/h für die Dauer von 2 Stunden vorhanden sein. Die Löschwasserentnahmestelle muss für jedes Gebäude in max. 300 m erreichbar sein. Die Abstände der Hydranten dürfen untereinander 120 m nicht überschreiten. 2. Die Flächen für die Feuerwehr (Zufahrten, Aufstell- und Bewegungsflächen) müssen der DIN 14090 entsprechen. Die Flächen sind für eine Achslast von mind. 10 t auszulegen. 3. Die für die Feuerwehr benötigten Flächen dürfen in ihrer Breite, z. B. durch parkende Autos, nicht eingeschränkt werden. 	<ul style="list-style-type: none"> – Begründung wird zum Löschwasserbedarf ergänzt – nach Neubau Trinkwasserleitung im Norden sowie Ersatz im Westen und Süden kann mit Bau von Hydranten Löschwasserbedarf nach Aussage Eigenbetrieb Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Weinböhla gedeckt werden – Feuerwehr kann an das Wohngebiet angrenzenden öffentlichen Straßenraum nutzen, Anforderungen werden bei der Planung des Straßenausbaus berücksichtigt - Verkehrsflächen für Anliegerstraßen sind mit einer Breite von 7 m festgesetzt, Fahrbahnen sind mit 5 m Breite vorgesehen, Parken ist im Straßenraum nicht möglich – auf den privaten Grundstücken sind keine Feuerwehraufstellflächen erforderlich – Begründung wird entsprechend ergänzt

Nr.	Behörden und TÖB	Datum	Inhalt der Stellungnahme	Umgang mit der Stellungnahme/ Berücksichtigung im Entwurf
			<p>8. Belange Baurecht Im Plan ‚Städtebauliches Konzept‘ sind an ganz konkreten und für das gesamte Gebiet sehr einheitlichen Standorten Garagen/Stellplätze dargestellt. Eine entsprechende Festsetzung ist im Rechtsplan aber nicht enthalten. Sollte es Ziel sein, den Gestaltungsplan umzusetzen, müssen entsprechende Festsetzungen für die Standorte von Garagen/Stellplätzen erfolgen.</p> <p>Aus der Erfahrung heraus ist weiter festzustellen, dass die Festsetzungen zu Dach- und Fassadenausführungen oft unterschiedlich interpretiert werden. Es sollte auch hier eine Klarstellung zu folgenden Punkten erfolgen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Im Punkt 6.2 der planungsrechtlichen Festsetzungen steht, dass die Dächer von Nebenanlagen, Garagen und Carports extensiv zu begrünen sind. • Punkt 1.1 der bauordnungsrechtlichen Festsetzungen legt fest, dass Nebengebäude einschließlich Garagen und Carports mit Sattel- oder mit Flachdächern auszuführen sind. Ist die festgesetzte Dachneigung für Satteldächer entsprechend der Nutzungsschablonen für Nebengebäude, Garagen, Carports anzuwenden? • Gilt auch für diese Gebäude bei der Ausführung der Satteldächer extensive Dachbegrünung? <p>Gelten für Terrassenüberdachungen und Wintergärten ebenfalls die Festsetzungen zu Dachform, Dachneigung, Dacheindeckung und zur Fassadengestaltung?</p> <p>9. Belange Gebietliche Planung Der vorgelegte Bebauungsplan ist aus dem seit Februar 2018 wirksamen Flächennutzungsplan entwickelt. Insofern bestehen zur Aufstellung des Planes keine Einwände.</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Städtebauliches Konzept zeigt lediglich die mögliche Anordnung von Garagen und Stellplätzen auf, eine entsprechende Festsetzung soll nicht erfolgen; lediglich an der Forststraße werden die Bereiche für mögliche Zufahrten festgelegt – Änderung der Textlichen Festsetzung zur Dachbegrünung dahingehend, dass nur die Dächer von Garagen und Carports zu begrünen sind, Nebenanlagen werden davon ausgenommen – Nebenanlagen werden aus der Dachbegrünungsfestsetzung gestrichen – die Nutzungsschablone gilt nur für die Hauptgebäude, darauf wird in der Begründung hingewiesen – Ergänzung in TF II.1.1, dass die gewählte Dachneigung die festgesetzte Dachbegrünung ermöglichen muss – Klarstellung in TF II.1.1, dass diese Festsetzungen nicht für Terrassenüberdachung etc. gilt – Wintergärten sind wie Fenster auch in Glas auszuführen, eine diesbezügliche Festsetzung ist nicht erforderlich – Begründung wird entsprechend angepasst – Kenntnissnahme, kein inhaltlicher Handlungsbedarf
04	Landesamt für Denkmalfpflege Sachsen	---	---	---
05	Landesamt für Archäologie	13.11.2020	<p>Vielen Dank für die Zusendung der Planunterlagen zu o.g. Vorhaben. Im Rahmen der Beteiligung der TÖB gibt das Landesamt für Archäologie folgende Stellungnahme ab: Die archäologische Relevanz des Vorhabenareals belegen archäologische Kulturdenkmale aus dem Umfeld, die nach § 2 SächsDSchG Gegenstand des Denkmalschutzes sind (neolithisches Gräberfeld [D-61040-08], bronzzeitliche Siedlung [D-61040-16]). Vor Beginn von Bodeneingriffen im Rahmen von Erschließungs- und Bauarbeiten müssen durch das Landesamt für Archäologie im von Bau-tätigkeit betroffenen Areal archäologische Grabungen durchgeführt werden. Auftretende Befunde und Funde sind sachgerecht auszugra-ben und zu dokumentieren.</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Hinweis zur archäologischen Relevanz, zum Grabungserfordernis und zu der erforderlichen Vereinbarung wird auf dem Rechtsplan ergänzt

Nr.	Behörden und TÖB	Datum	Inhalt der Stellungnahme	Umgang mit der Stellungnahme/ Berücksichtigung im Entwurf
			<p>Diese beiden Sätze sind als Hinweise in den Bebauungsplan aufzunehmen, um die Untere Bauaufsichtsbehörde und den künftigen Vorhabenträger oder Bauherren von der Genehmigungspflicht zu informieren. Nach § 14 SächsDSchG bedarf der Genehmigung der Denkmalschutzbehörde, wer Erdarbeiten etc. an einer Stelle ausführen will, von der bekannt oder den Umständen nach zu vermuten ist, dass sich dort Kulturdenkmale befinden. Der zeitliche Rahmen der Ausgrabung sowie das Vorgehen werden in einer zwischen Vorhabenträger und Landesamt für Archäologie abzuschließenden Vereinbarung verbindlich festgehalten.</p>	
06	Sächsisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (LfULG)	03.12.2020	<p>Mit diesem Schreiben erhalten Sie die Stellungnahme des Sächsischen Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (LfULG) als Träger öffentlicher Belange. Wir weisen darauf hin, dass im LfULG nur die Belange Fluglärm, Anlagensicherheit / Störfallvorsorge, natürliche Radioaktivität, Fischartenschutz und Fischerei und Geologie Gegenstand der Prüfung sind. Die Prüfung weiterer Belange ist auf Grund fehlender Zuständigkeit nicht möglich. Wir haben die Prüfung und Einschätzung u.a. auf der Grundlage des Inhalts der unter den Gliederungspunkten 2.1 und 3.1 angegebenen Unterlagen vorgenommen: <u>1 Zusammenfassendes Prüfergebnis</u> Seitens des LfULG stehen dem Vorhaben keine Bedenken entgegen. Im Rahmen weiterer Planungen zur Bebauung bestehen jedoch Anforderungen zum Radonschutz, die beachtet werden sollen. Zur Begründung und zu weiteren Hinweisen der natürlichen Radioaktivität siehe Gliederungspunkt 2. Wir empfehlen außerdem, im Rahmen der weiteren Planbearbeitung die in Punkt 3 folgenden geologischen Hinweise zu berücksichtigen. Die Belange des Fluglärms, der Anlagensicherheit / Störfallvorsorge sowie des Fischartenschutzes bzw. der Fischerei sind nicht berührt. Seitens des LfULG sind keine Planungen und sonstigen Maßnahmen beabsichtigt oder bereits eingeleitet, die bezüglich des o.g. Vorhabens von Bedeutung sind.</p>	– Behandlung der einzelnen Belange nachfolgend
			<p><u>2 Natürliche Radioaktivität</u> <u>2.1 Unterlagen</u> [1] Kataster für Natürliche Radioaktivität in Sachsen, basierend auf Kenntnissen über den Altbergbau, Uranerzbergbau der Wismut und Ergebnissen aus dem Projekt „Radiologische Erfassung, Untersuchung und Bewertung bergbaulicher Altlasten“ (Altlastenkataster) des Bundesamtes für Strahlenschutz. [2] Gesetz zum Schutz vor der schädlichen Wirkung ionisierender Strahlung (Strahlenschutzgesetz - StrlSchG) vom 27. Juni 2017 (BGBl.</p>	– Kenntnisnahme, kein inhaltlicher Handlungsbedarf

Nr.	Behörden und TÖB	Datum	Inhalt der Stellungnahme	Umgang mit der Stellungnahme/ Berücksichtigung im Entwurf
			<p>I S. 1966), das zuletzt durch Artikel 248 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist. [3] Verordnung zum Schutz vor der schädlichen Wirkung ionisierender Strahlung (Strahlenschutzverordnung - StrlSchV) vom 29. November 2018 (BGBl. I S. 2034, 2036), die durch Artikel 1 der Verordnung vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 748) geändert worden ist. <u>2.2 Prüfergebnis</u> Gegenwärtig [1] liegen uns keine Anhaltspunkte über radiologisch relevante Hinterlassenschaften für dieses Plangebiet vor. Nach den uns bisher vorliegenden Kenntnissen liegt das Plangebiet in einem Gebiet, in dem erhöhte Radonkonzentrationen in der Bodenluft wahrscheinlich kaum auftreten. Es ist jedoch nicht mit Sicherheit auszuschließen, dass auf Grund lokaler Gegebenheiten und der Eigenschaften des Gebäudes hinsichtlich eines Radonzutrittes dennoch erhöhte Werte der Radonkonzentration in der Raumluft auftreten können. Zum vorliegenden Vorhaben bestehen derzeit keine Bedenken. Im Rahmen weiterer Planungen zur Bebauung bestehen jedoch Anforderungen zum Radonschutz, die beachtet werden sollen.</p> <p><u>2.3 Anforderungen zum Radonschutz</u> Aufgrund der Verabschiedung des neuen Strahlenschutzgesetzes [2] und der novellierten Strahlenschutzverordnung [3] gelten seit dem 31. Dezember 2018 erweiterte Regelungen zum Schutz vor Radon (§§ 121 – 132 StrlSchG [2] / §§ 153 - 158 StrlSchV [3]). Erstmals wurde zum Schutz vor Radon ein Referenzwert für die über das Jahr gemittelte Radon-222-Aktivitätskonzentration in der Luft von 300 Bq/m³ für Aufenthaltsräume und Arbeitsplätze in Innenräumen festgeschrieben. Wer ein Gebäude mit Aufenthaltsräumen oder Arbeitsplätzen errichtet, hat geeignete Maßnahmen zu treffen, um den Zutritt von Radon aus dem Baugrund zu verhindern oder erheblich zu erschweren. Diese Pflicht gilt als erfüllt, wenn die nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik erforderlichen Maßnahmen zum Feuchteschutz eingehalten werden. Wer im Rahmen baulicher Veränderung eines Gebäudes mit Aufenthaltsräumen oder Arbeitsplätzen Maßnahmen durchführt, die zu einer erheblichen Verminderung der Luftwechselrate führen, soll die Durchführung von Maßnahmen zum Schutz vor Radon in Betracht ziehen, soweit diese Maßnahmen erforderlich und zumutbar sind. Bis Ende 2020 werden spezielle Radonvorsorgegebiete ausgewiesen, für die erwartet wird, dass die über das Jahr gemittelte Radon-222-Aktivitätskonzentration in der Luft in einer beträchtlichen Zahl von Gebäuden mit Aufenthaltsräumen oder Arbeitsplätzen den Referenzwert von 300 Bq/m³ überschreitet.</p>	<p>– Hinweis zum vorsorgenden Radonschutz wird auf dem Rechtsplan ergänzt</p>

Nr.	Behörden und TÖB	Datum	Inhalt der Stellungnahme	Umgang mit der Stellungnahme/ Berücksichtigung im Entwurf
			<p>In diesen ausgewiesenen Radonvorsorgegebieten werden dann weitergehende Regelungen in Bezug auf den Neubau von Gebäuden, der Ermittlung der Radonsituation an Arbeitsplätzen in Kellern oder Erdgeschossräumen und zum Schutz vor Radon an Arbeitsplätzen zu beachten sein (§§ 153 – 154 StrlSchV [3]).</p> <p><u>2.4 Hinweise zum Radonschutz</u></p> <p>Bei Fragen zu Radonvorkommen, Radonwirkung und Radonschutz wenden Sie sich bitte an die Radonberatungsstelle des Freistaates Sachsen:</p> <p>Staatliche Betriebsgesellschaft für Umwelt und Landwirtschaft - Radonberatungsstelle: Dresdner Straße 183, 09131 Chemnitz Telefon: (0371) 46124-221 Telefax: (0371) 46124-299 E-Mail: radonberatung@smul.sachsen.de Internet: www.smul.sachsen.de/bful und www.radon.sachsen.de Beratung werktags per Telefon oder E-Mail; zusätzlich besteht die Möglichkeit einer Vereinbarung individueller persönlicher Beratungstermine.</p>	
			<p><u>3 Geologie</u></p> <p><u>3.1 Unterlagen</u></p> <p>[1] Anschreiben des Büros HAMANN+KRAH aus Dresden vom 28.10.2020, Frau Ireen Gommlich mit digitalen Planungsunterlagen [2] und [3]</p> <p>[2] Gemeinde Weinböhla: Bebauungsplan Nr. 07/2018 „Wohnbebauung Am Vogel“, bestehend aus Planzeichnung, Textlichen Festsetzungen, Begründung, Umweltbericht mit integrierter Grünordnung und Städtebaulichem Konzept; Vorentwurf vom 13.10.2020</p> <p>[3] Baugrundbüro Dr. Matthias Mocosch, Nossen: Baugrundgutachten zur Erschließung eines Wohngebietes „01689 Weinböhla Am Vogel, Gemarkung Weinböhla, Flst. 2795“ vom 12.03.2020 und Ergänzung bzgl. „Maßnahmen zu Verfüllungsarbeiten und zur Versickerungsfähigkeit von Oberflächenwasser“ vom 04.09.2020 (Verfasser: Dipl.-Geol. H. Hochstein)</p> <p>[4] Geodatenarchiv des Sächsischen Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie mit Landesdatenbank geologischer Aufschlüsse (Stand 01.12.2020), Geologischer Karte der eiszeitlich bedeckten Gebiete von Sachsen M 1: 50 000 (digitale Version) und Geologischer Übersichtskarte von Sachsen M 1: 400.00 (digitale Version)</p> <p><u>3.2 Prüfergebnis</u></p> <p>Aus geologischer Sicht stehen dem Vorhaben [2] keine Bedenken entgegen. Wir empfehlen die Berücksichtigung der nachfolgenden Hinweise zur umfassenden Information der zukünftigen Eigentümer, Nutzer oder Vorhabenträger.</p>	<p>– Kenntnisnahme, kein inhaltlicher Handlungsbedarf</p>

Nr.	Behörden und TÖB	Datum	Inhalt der Stellungnahme	Umgang mit der Stellungnahme/ Berücksichtigung im Entwurf
			<p>Zum erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB ergeben sich unter geologischen Aspekten keine speziellen Anregungen bzw. Anforderungen. Im Rahmen der Umweltprüfung sollen die Auswirkungen des Vorhabens auf das geologische/hydrogeologische Wirkungsfeld betrachtet werden. Dabei sind die geologischen und hydrogeologischen Verhältnisse darzustellen und die Auswirkungen auf bzw. durch das Vorhaben zu beschreiben.</p> <p><u>3.3 Prüfumfang</u> Es wurden die geologischen Belange und Sachverhalte in [2] und [3] geprüft. Das Baugrundgutachten einschließlich Ergänzung [3] wurde auf Plausibilität der geologischen Sachverhalte (Darstellung der geologischen und hydrogeologischen Situation, Schichtenbeschreibung, Baugrundmodell, Charakteristik der Baugrundsichten, bodenphysikalische Kennwerte) und bezüglich der daraus abgeleiteten bautechnischen Erfordernisse (Baugrundbeurteilung, Gründungsempfehlungen, Bautechnische Hinweise, Versickerung) geprüft. Nachrechnungen geotechnischer Angaben erfolgten nicht.</p> <p><u>3.4 Hinweise</u> <u>3.4.1 Plausibilitätsprüfung des Baugrundgutachtens [3]</u> Der Untersuchungsumfang (Anzahl, Art, Tiefe der Aufschlüsse, Feldarbeiten) wird als angemessen eingeschätzt, um eine grundsätzliche geologische, hydrogeologische und ingenieurgeologische Beurteilung der Baugrundverhältnisse am Standort vornehmen zu können. Die Beschreibung der geologischen und hydrogeologischen Verhältnisse entspricht dem aktuellen Kenntnisstand gemäß [4]. Die geologischen/geotechnischen Sachverhalte (Schichtenbeschreibung, Baugrundmodell, Charakteristik der Baugrundsichten, bodenphysikalische Kennwerte) sind plausibel und nachvollziehbar dargestellt. Die Aussagen zu den hydrogeologischen Belangen sind ebenfalls plausibel. Das Gutachten ist als Grundlage für die weiteren präzisierenden, standortkonkreten Planungen geeignet. Die bautechnischen Schlussfolgerungen und Empfehlungen sind zu beachten. Nach Vorliegen der detaillierten Planungen zu den Bauwerken ist das Baugrundgutachten fortzuschreiben, um ggf. die Gründungsempfehlungen zu präzisieren und die Planungen an die bestehenden Untergrundverhältnisse anzupassen. Die individuelle Prüfung der Versickerungsfähigkeit für jede Parzelle ist auch aus unserer Sicht angeraten, da die Versickerungsfähigkeit des geologischen Untergrundes durch ortskonkrete Versuche und Berechnungen nachzuweisen ist. Hinweise zu den Untergrundanforderungen und Planungsgrundsätzen für Regenwasserversickerungsanlagen sind im Arbeitsblatt DWA-A 138 ausgeführt.</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Umweltbericht wird entsprechend der Aussagen des Baugrundgutachtens aktualisiert – Begründung wird zu bautechnischen Schlussfolgerungen und Empfehlungen ergänzt – Hinweis zur Empfehlung der Fortschreibung des Baugrundgutachtens wird auf dem Rechtsplan ergänzt – Festsetzung zur Versickerung auf den Grundstücken wird angepasst, Versickerungsart und Rückhaltevolumen wird nicht festgesetzt, sondern Formulierung ‚über geeignete Anlagen‘, eine erforderliche individuelle Prüfung vor Errichtung der Wohngebäude wird festgesetzt – Begründung und Umweltbericht werden entsprechend angepasst

Nr.	Behörden und TÖB	Datum	Inhalt der Stellungnahme	Umgang mit der Stellungnahme/ Berücksichtigung im Entwurf
			<p><u>3.4.2 Geotechnische Baubegleitung/Bauüberwachung</u> Es wird eine geotechnische Bauüberwachung/Baubegleitung empfohlen, die sicherstellt, dass die geotechnischen Erfordernisse während der Baudurchführung eingehalten werden. Im Zuge der Bauüberwachung sollen die angetroffenen Baugrundverhältnisse auf Übereinstimmung mit den Ergebnissen der planungsrelevanten Geotechnischen Berichte überprüft und dies dokumentiert werden. Insbesondere die Herstellung der Aufschüttung des Geländes bis ca. 1,5 m zur GOK (vgl. Ergänzung zum Baugrundgutachten, S. 1) soll geotechnisch begleitet und überwacht werden. Gesetzgrundlage hierzu: EC 7 – Entwurf, Berechnung und Bemessung in der Geotechnik, Teil 1: Allgemeine Regeln; mit DIN EN 1997-1:2009-09, Kapitel 4 - Bauüberwachung, Kontrollmessungen und Instandhaltung, Absatz 4.1 - 4.6, Bauaufsichtliche Einführung in Sachsen mit Verwaltungsvorschrift des SMI zur Einführung Technischer Baubestimmungen (VwVTB) vom 15.12.2017.</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Hinweis zur Empfehlung der geotechnische Bauüberwachung/Baubegleitung und insbesondere der Aufschüttung, wird auf dem Rechtsplan ergänzt
07	Sächsisches Oberbergamt Freiberg	06.11.2020	<p>Mit Ihrem Schreiben vom 28. Oktober 2020 beteiligten Sie das Sächsische Oberbergamt als Träger öffentlicher Belange an oben genanntem Vorhaben. Dazu erhalten Sie folgende Stellungnahme: Das Bauvorhaben ist in einem Gebiet vorgesehen, in dem in der Vergangenheit bergbauliche Arbeiten durchgeführt wurden. Östlich der Forststraße befindet sich das Restloch eines alten Steinbruches. Westlich des Vorhabens wurde Kalkstein im Tief- und Tagebau abgebaut. Im unmittelbaren Bereich des Bauvorhabens sind jedoch nach den uns bekannten Unterlagen keine stillgelegten bergbaulichen Anlagen vorhanden, die Bergschäden oder andere nachteilige Einwirkungen erwarten lassen.</p> <p>Da das Bauvorhaben in einem alten Bergbaugelände liegt, ist das Vorhandensein nichttriskundiger Grubenbaue in Tagesoberflächennähe nicht auszuschließen. Es wird deshalb empfohlen, die Baugruben vom zuständigen Bauverantwortlichen auf das Vorhandensein von Spuren alten Bergbaues überprüfen zu lassen. Über eventuell angetroffene Spuren alten Bergbaues ist gemäß § 5 der Polizeiverordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über die Abwehr von Gefahren aus unterirdischen Hohlräumen sowie Halden und Restlöchern (Sächsische Hohlraumverordnung - SächsHohlrVO) vom 20. Februar 2012 (SächsGVBl. S. 191) das Sächsische Oberbergamt in Kenntnis zu setzen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Hinweis auf bergbauliche Arbeiten in der Vergangenheit in der Nähe des Plangebietes wird auf dem Rechtsplan ergänzt – Hinweis zur Empfehlung zu Untersuchungen der Baugruben auf Altbergbau und Informationspflicht wird auf dem Rechtsplan ergänzt
08	Landesamt für Straßenbau und Verkehr, NL Meißen (LASuV)	09.11.2020	Der räumliche Geltungsbereich des oben genannten Bebauungsplans berührt nicht die Belange der Bundes- und Staatsstraßen in der Verwaltung des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr, Niederlassung Meißen.	<ul style="list-style-type: none"> – Kenntnisnahme, kein inhaltlicher Handlungsbedarf – Kreisstraßenbauamt ist an der Planung beteiligt

Nr.	Behörden und TÖB	Datum	Inhalt der Stellungnahme	Umgang mit der Stellungnahme/ Berücksichtigung im Entwurf
			Seitens des LASUV, NL Meißen bestehen keine Einwände zu o.g. Bebauungsplan. Für die Belange der Kreisstraße 8014 ist die Stellungnahme des Kreisstraßenbauamtes des Landkreises Meißen maßgebend.	
09	Staatsbetrieb Immobilien- und Baumanagement	03.12.2020	Das geplante Vorhaben berührt keine bekannten beabsichtigten oder bereits eingeleiteten Planungen und Maßnahmen des Freistaates Sachsen, vertreten durch den Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement, Geschäftsbereich Zentrales Flächenmanagement Bedenken, Anregungen oder Forderungen werden nicht vorgebracht . Bei einer nachträglichen Änderung, die Belange des Freistaates berühren könnten, bitte ich um erneute Vorlage der Pläne zur Prüfung. Ich gehe davon aus, dass bei einer Inanspruchnahme von Flächen, die Eigentum des Freistaates Sachsen sind, eine Abstimmung mit dem Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement, Geschäftsbereich Zentrales Flächenmanagement erfolgt.	– Kenntnisnahme, kein inhaltlicher Handlungsbedarf
10	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	24.11.2020	Von Ihrem Planvorhaben ist die Bundesrepublik Deutschland (Bundesfinanzvermögen), vertreten durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, nicht betroffen. Es bestehen daher keine Bedenken gegen Ihr Planvorhaben.	– Kenntnisnahme, kein inhaltlicher Handlungsbedarf
11	DB Netz AG / Deutsche Bahn AG	04.11.2020	Die DB AG, DB Immobilien, als von der DB Netz AG bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme der Träger öffentlicher Belange zum o. g. Verfahren. Durch den Bebauungsplan Nr. 07/2018 ‚Wohnbebauung Am Vogel‘ - Vorentwurf werden die Belange der DB AG und ihrer Konzernunternehmen nicht berührt . Wir haben daher weder Bedenken noch Anregungen vorzubringen. Auf die durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Bahnanlagen entstehenden Immissionen (insbesondere Luft- und Körperschall usw.) wird vorsorglich hingewiesen.	– Kenntnisnahme, kein inhaltlicher Handlungsbedarf – Schalltechnische Untersuchung wurde zum Entwurf erarbeitet, Schienenverkehr wurde berücksichtigt
12	Verkehrsgesellschaft Meißen mbH	---	---	---
13	Verkehrsverbund Oberelbe GmbH (VVO)	04.11.2020	Im o.g. Bebauungsplan sind die Belange des öffentlichen Personennahverkehrs vor dem Hintergrund des Nahverkehrsplanes Oberelbe hinreichend berücksichtigt. Das Gebiet ist durch den ÖPNV erschlossen. Es bestehen unsererseits keine Einwände .	– Kenntnisnahme, kein inhaltlicher Handlungsbedarf

Nr.	Behörden und TÖB	Datum	Inhalt der Stellungnahme	Umgang mit der Stellungnahme/ Berücksichtigung im Entwurf
14	Eigenbetrieb Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Weinböhl	03.12.2020	<p>Zum o.g. Bebauungsplan nehmen wir wie folgt Stellung: <u>Schmutzwasser</u> Die Entsorgung des anfallenden Schmutzwassers erfolgt über die öffentlichen Abwasserkanäle in den Straßen ‚Am Vogel‘ und ‚Bergsiedlung‘. Zur Entsorgung der nördlich gelegenen Parzellen ist ein Schmutzwasserkanal neu zu errichten. Die Entsorgung der östlichen Parzellen kann über die vorhandene öffentliche Abwasserdruckleitung in der Forststraße (Gehweg) bzw. über einen neu zu verlegenden Freigefälle-Schmutzwasserkanal mit Anbindung an die Bergsiedlung erfolgen.</p> <p><u>Niederschlagswasser</u> Mit den Ausführungen zum Niederschlagswasser unter den Punkten 6.2.2. und 7.1.2. im Erläuterungsteil des Bebauungsplanes ‚Wohnbebauung Am Vogel‘ vom 13.10.2020 stimmen wir überein.</p> <p><u>Trinkwasser</u> Um die Trinkwasserversorgung im Erschließungsgebiet sicherzustellen, ist um das Gebiet herum der Altbestand aufgrund der zu geringen Dimension zu erneuern bzw. neue Trinkwasserleitungen herzustellen (siehe dazu auch das beigefügte Beratungsprotokoll mit dem Ingenieurbüro MoCon vom 03.06.2020). Danach ist für den nördlichen und östlichen Bereich die Neuverlegung einer TW-Leitung erforderlich. Im westlichen und südlichen Bereich ist eine Erweiterung der vorhandenen Dimension notwendig. Die trinkwassertechnischen Baumaßnahmen sind durch ein DVGW zertifiziertes Unternehmen durchzuführen. Wir empfehlen die Kommunalservice Brockwitz-Rödern GmbH aus Coswig. Im Übrigen gelten die Wasserversorgungs- und Abwassersatzung sowie die Materialeinsatzrichtlinie (Trinkwasser) der Gemeinde Weinböhl. Das Ergebnis der Besprechung wird wie folgt zusammengefasst: 1. Dem WAW wurde der aktuelle Stand der Straßenplanung erläutert. 2. Um das Erschließungsgebiet mit Trinkwasser zu versorgen, muss der Leitungsbestand drumherum durch Leitungen DN 100 PE ersetzt und erweitert werden. In den 4 Kreuzungsbereichen sollen Hydranten vorgesehen werden, um den Löschwasserbedarf zu decken. In der Forststraße liegen die Anbindepunkte auf der östlichen Seite in Höhe Nr. 20 und im Süden an der Kreuzung zur Straße Am Vogel. 3. Im Osten des Erschließungsgebietes befindet sich eine Abwasserdruckleitung PEHD 63x5,8, welche in den südlich verlaufenden Freispiegelkanal entwässert. Bei den anliegenden Grundstücken ist voraussichtlich auch eine Druckentwässerung vorzusehen. Westlich des Plangebietes verläuft eine Freigefälleleitung DN 250. Diese müsste für die Anbindung der nördlichen Grundstücke in die nördliche Straße verlängert werden. Für die Entwässerung sind Gefälle und Geländehöhen zu</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Begründung wird zur Schmutzwasserentsorgung einschließlich teilweiser Erforderlichkeit von Hebeanlagen aktualisiert – Festsetzungen zur Versickerung werden nach Rücksprache mit der unteren Wasserbehörde überarbeitet, Begründung wird aktualisiert – Begründung wird zur Trinkwasserversorgung aktualisiert – Löschwasserbedarf kann nach Neubau Trinkwasserleitung im Norden sowie Ersatz im Westen und Süden und kann nach Bau von Hydranten gedeckt werden, Begründung wird zur Löschwassersicherung ergänzt – Regenwasserentsorgung erfolgt sowohl auf den Grundstücken als auch in den Wohnstraßen durch Versickerung

Nr.	Behörden und TÖB	Datum	Inhalt der Stellungnahme	Umgang mit der Stellungnahme/ Berücksichtigung im Entwurf
			prüfen. Eventuell müssen einige Grundstücke über Hebeanlagen entwässern. Es darf von den Grundstücken kein Regenwasser sondern nur Schmutzwasser eingeleitet werden.	
15	Zweckverband Abfallwirtschaft Oberes Elbtal	19.11.2020	<p>Der Entwurf des o. g. Bebauungsplans liegt uns zur Stellungnahme vor. Gegen die Planung in der vorliegenden Fassung haben wir keine grundsätzlichen Bedenken.</p> <p>Die Abfallbehälter der Grundstücke sind zur Entleerung an den Erschließungsstraßen (Am Vogel, Bergsiedlung, Forststraße) bereitzustellen. Auf den Grundstücken selbst ist ausreichend Stellfläche für Abfallsammelbehälter vorzuhalten, beachten Sie dazu auch unser Infoblatt. Durch die Einführung der gelben Tonne ab dem Jahr 2021 erhöht sich der Flächenbedarf zusätzlich.</p> <p>In der näheren Umgebung des Plangebietes, ca. 400 m Luftlinie entfernt, befindet sich auf dem Grundstück Spitzgrundstraße 32 der Wertstoffhof Weinböhla des ZAOE.</p> <p>In diesem Zusammenhang weisen wir auf Folgendes hin: Nach § 1 Abs. 7 BauGB sind bei der Aufstellung von Bauleitplänen die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen; dies gilt auch bei einer Änderung von Bauleitplänen (§ 1 Abs. 8 BauGB). Zu den zentralen Planungsgrundsätzen gehört u.a. das Gebot der Rücksichtnahme auf Individualinteressen.</p> <p>Dieses Gebot kann sich auch zugunsten eines emittierenden Grundstücksnutzers gegenüber einer immissionsempfindlichen Nachbarschaft auswirken. Bei der Abwägung sind daher die möglichen Auswirkungen der Nutzung des Wertstoffhofes auf die zukünftige Wohnbebauung besonders sorgfältig zu prüfen.</p> <p>Dabei ist zu beachten, dass der Betrieb des Wertstoffhofes mit einem nicht unerheblichen Zugangs- und Abgangsverkehr verbunden ist. Denn die Abfälle werden in aller Regel durch Fahrzeuge angeliefert und zum Zwecke der weiteren Entsorgung durch LKW abgeholt. Die damit einhergehende Lärmbeeinträchtigung kann somit von den zukünftigen Grundstückseigentümern als negativ empfunden werden. Der ZAOE hätte dann womöglich damit zu rechnen, dass Eigentümer der Wohngrundstücke Abwehransprüche wegen des Betriebs des Wertstoffhofes geltend machen. Dies wäre im Hinblick darauf, dass es sich um einen Wertstoffhof im Rahmen der öffentlichen Abfallentsorgung handelt, nicht hinnehmbar.</p> <p>Wir bitten um Information über den weiteren Verfahrensverlauf. Für Rückfragen stehen wir unter o. g. Rufnummer gern zur Verfügung.</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Begründung wird bezüglich der Abfallentsorgung aktualisiert, auf Freihaltung Gehweg (lichter Raum 1,50 m wird hingewiesen) – Abfallbehälter der innenliegenden Grundstücke werden am Abholtag im Bereich der Zufahrten bereitgestellt <ul style="list-style-type: none"> – Schalltechnische Untersuchung wurde zum Entwurf erarbeitet, Wertstoffhof wurde berücksichtigt – Beeinträchtigungen sind demnach nicht zu erwarten, Begründung wird diesbezüglich aktualisiert
16	ENSO Energie Sachsen Ost AG Regionalbereich Großenhain	25.11.2020	Sie erhalten hiermit die Stellungnahmen unserer Fachbereiche Strom- und Gasanlagen. Bei Fragen wenden Sie sich bitte an den oben genannten Bearbeiter oder den angegebenen Ansprechpartner unter Angabe der Vorgangsnummer.	<ul style="list-style-type: none"> – Leitungsbestand befindet sich in allen angrenzenden geplanten Straßenräumen, außerhalb der Fläche des Wohngebietes

Nr.	Behörden und TÖB	Datum	Inhalt der Stellungnahme	Umgang mit der Stellungnahme/ Berücksichtigung im Entwurf												
			<p><u>Stellungnahme Stromanlagen</u> Im Baubereich befinden sich Anlagen der ENSO NETZ GmbH. Sie erhalten dafür aktuelle Bestandsunterlagen. Bitte beachten Sie diese Anlagen bei den weiteren Planungen. Unvermeidbare Umlegungs- oder Sicherungsmaßnahmen planen und realisieren wir im Auftrag. Die Kostenübernahme erfolgt grundsätzlich durch den Veranlasser bzw. geltender Vereinbarungen. Nach Abschluss der Planung bzw. feststehendem Realisierungstermin sind diese anhand der endgültigen Planunterlagen schriftlich, in der Regel 6 Monate vor Realisierungsbeginn, bei ENSO NETZ GmbH, Regionalbereich Großenhain, Schillerstraße 37, 01558 Großenhain, zur Einordnung anzuzeigen.</p> <p><u>Stellungnahme Gasanlagen</u> Im angefragten Bereich befinden sich Gasversorgungsanlagen der ENSO NETZ GmbH. Die Lage der Leitungen entnehmen Sie bitte dem beigefügten Plan. Im gesamten Bereich darf in der Nähe von Versorgungsanlagen nur von Hand gearbeitet werden. Gegen die geplante Baumaßnahme bestehen unsererseits keine Bedenken. Dabei müssen die anerkannten Regeln der Technik (wie z. B. DVGW-Arbeitsblätter, DIN-Vorschriften, VDE-Richtlinien, BG-Vorschriften usw.) beachtet werden. Für eingetragene Abstands- und Rohrüberdeckungsmaße übernehmen wir keine Gewähr. Es muss mit geringeren Tiefenlagen als angegeben gerechnet werden. Zur genauen Feststellung des Leitungsverlaufes sind Quergräben von Hand zu ziehen, Kabel sind zu orten. Beschädigungen, die durch die Nichtbeachtung der erforderlichen Schutzvorkehrungen entstehen, werden wir dem Verursacher in Rechnung stellen. Unsere Stellungnahme für Ihr Bauvorhaben gilt 1 Jahr. Vor Baubeginn muss die beauftragte Firma die Auskunftserteilung für Schachtarbeiten bei uns einholen sowie einen Termin für die Ortsbegehung unter der Rufnummer 03522/305-390 vereinbaren.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Begründung wird zu Leitungsbestand und -schutz aktualisiert - Gasleitungen liegen in der Straße Bergsiedlung und anschließend teilweise in der Straße Am Vogel an, außerhalb der Fläche des Wohngebietes - Begründung wird zu Leitungsbestand und -schutz aktualisiert, Gasversorgung ist derzeit nicht vorgesehen 												
17	VNG Verbundnetz Gas AG, im Auftrag von GDM-com	04.11.2020	<p>Bezugnehmend auf Ihre oben genannte/n Anfrage(n), erteilt GDMcom Auskunft zum angefragten Bereich für die folgenden Anlagenbetreiber:</p> <table border="1" data-bbox="629 1262 1395 1428"> <thead> <tr> <th data-bbox="629 1262 965 1289">Anlagenbetreiber</th> <th data-bbox="965 1262 1093 1289">Hauptsitz</th> <th data-bbox="1093 1262 1265 1289">Betroffenheit</th> <th data-bbox="1265 1262 1395 1289">Anhang</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="629 1289 965 1347">Erdgasspeicher Peissen GmbH</td> <td data-bbox="965 1289 1093 1347">Halle</td> <td data-bbox="1093 1289 1265 1347">nicht betroffen</td> <td data-bbox="1265 1289 1395 1347">Auskunft Allgemein</td> </tr> <tr> <td data-bbox="629 1347 965 1428">Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen)</td> <td data-bbox="965 1347 1093 1428">Schwaig b. Nürnberg</td> <td data-bbox="1093 1347 1265 1428">nicht betroffen</td> <td data-bbox="1265 1347 1395 1428">Auskunft Allgemein</td> </tr> </tbody> </table>	Anlagenbetreiber	Hauptsitz	Betroffenheit	Anhang	Erdgasspeicher Peissen GmbH	Halle	nicht betroffen	Auskunft Allgemein	Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen)	Schwaig b. Nürnberg	nicht betroffen	Auskunft Allgemein	<ul style="list-style-type: none"> - Behandlung nachfolgend - Kenntnisnahme, kein inhaltlicher Handlungsbedarf
Anlagenbetreiber	Hauptsitz	Betroffenheit	Anhang													
Erdgasspeicher Peissen GmbH	Halle	nicht betroffen	Auskunft Allgemein													
Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen)	Schwaig b. Nürnberg	nicht betroffen	Auskunft Allgemein													

Nr.	Behörden und TÖB	Datum	Inhalt der Stellungnahme				Umgang mit der Stellungnahme/ Berücksichtigung im Entwurf	
			GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG	Straelen	nicht betroffen	Auskunft Allgemein	<ul style="list-style-type: none"> – Kenntnisnahme, kein inhaltlicher Handlungsbedarf, andere Leitungsbetreiber werden im Planverfahren beteiligt – Kenntnisnahme, kein inhaltlicher Handlungsbedarf, andere Leitungsbetreiber werden im Planverfahren beteiligt 	
ONTRAS Gastransport GmbH	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein	VNG Gasspeicher GmbH	Leipzig	nicht betroffen		Auskunft Allgemein
<p>Im angefragten Bereich befinden sich keine Anlagen und keine zurzeit laufenden Planungen der/s oben genannten Anlagenbetreiber/s. Wir haben keine Einwände gegen das Vorhaben. Auflage: Sollte der Geltungsbereich bzw. die Planung erweitert oder verlagert werden oder der Arbeitsraum die dargestellten Planungsgrenzen überschreiten, so ist es notwendig, eine erneute Anfrage durchzuführen. Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen vorgesehen sind, hat durch den Bauausführenden rechtzeitig - also mindestens 6 Wochen vor Baubeginn - eine erneute Anfrage zu erfolgen. <u>GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG</u> Bitte beachten Sie, dass GDMcom nur für einen Teil der Anlagen dieses Betreibers für Auskunft zuständig ist. Im angefragten Bereich befinden sich keine von uns verwalteten Anlagen des oben genannten Anlagenbetreibers, ggf. muss aber mit Anlagen des oben genannten bzw. anderer Anlagenbetreiber gerechnet werden. Sofern Ihre Anfrage nicht bereits über das BIL-Portal erfolgte, verweisen wir an dieser Stelle zur Einholung weiterer Auskünfte auf: GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft Deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG über das Auskunftsportale BIL (https://portal.bil-leitungsauskunft.de). <u>Weitere Anlagenbetreiber</u> Bitte beachten Sie, dass sich im angefragten Bereich Anlagen Dritter befinden können, für die GDMcom für die Auskunft nicht zuständig ist.</p>								
18	Deutsche Telekom Technik GmbH	22.12.2020	<p>Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung: Im Geltungsbereich des vorliegenden Planes befinden sich teilweise Telekommunikationslinien der Telekom. Der Bestand und Betrieb der vorhandenen Telekommunikationslinien muss weiterhin gewährleistet bleiben.</p>				<ul style="list-style-type: none"> – Leitungsbestand befindet sich in den angrenzenden Straßenräumen der Forststraße, der Bergsiedlung und westlich Am Vogel, außerhalb der Fläche des Wohngebietes – Begründung wird zu Leitungsbestand und -schutz aktualisiert 	

Nr.	Behörden und TÖB	Datum	Inhalt der Stellungnahme	Umgang mit der Stellungnahme/ Berücksichtigung im Entwurf
			<p>Hinsichtlich geplanter Baumpflanzungen bitten wir um Beachtung und Einhaltung der in der DIN 18920 sowie dem Merkblatt ‚Bäume, unterirdischen Leitungen und Kanäle‘ festgelegten Mindestabstände zu unseren vorhandenen Telekommunikationslinien.</p> <p>Wir bitten sicherzustellen, dass durch die Baumpflanzungen der Bau, die Unterhaltung und Erweiterung der Telekommunikationslinien der Telekom nicht behindert werden.</p> <p>Bei der Einplanung neu zu pflanzender Bäume im Bereich der öffentlichen Flächen sind die einschlägigen Normen und Richtlinien (z.B. DIN 1998, DIN 18920, Kommunale Koordinationsrichtlinie und Richtlinie zum Schutz von Bäumen usw.) ausreichend zu berücksichtigen.</p> <p>Hierdurch können Konflikte bei Bau, Unterhaltung und Erweiterung der Telekommunikationslinien verhindert werden. Weiterhin fordern wir: Bei Abständen unter 2,50 m von der Stammachse zu unseren Anlagen den Einbau eines entsprechenden Medienschutzes gemäß RSA-LP4.</p> <p>Wir machen darauf aufmerksam, dass aus wirtschaftlichen Gründen eine unterirdische Versorgung des Neubaugebietes durch die Telekom nur bei Ausnutzung aller Vorteile einer koordinierten Erschließung möglich ist.</p> <p>Wir beantragen daher folgendes sicherzustellen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • dass auf Privatwegen (Eigentümerwegen) ein Leitungsrecht zugunsten der Telekom Deutschland GmbH als zu belastende Fläche entsprechend § 9 (1) Ziffer 21 BauGB eingeräumt wird; • dass zur Herstellung der Hauszuführungen der Erschließungsträger verpflichtet wird, vom jeweils dinglich Berechtigten (Grundstückseigentümer) den Grundstücksnutzungsvertrag einzufordern und der Telekom Deutschland GmbH auszuhändigen; • dass eine rechtzeitige Abstimmung der Lage und der Dimensionierung der Leitungszonen vorgenommen wird und eine Koordinierung der Tiefbaumaßnahmen für Straßenbau und Leitungsbau durch den Erschließungsträger erfolgt. <p>Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass Beschädigungen der Telekommunikationslinien vermieden werden. Es ist deshalb erforderlich, dass sich die Bauausführenden über die zum Zeitpunkt der Bauausführung vorhandenen Telekommunikationslinien der Telekom informieren. Tiefbauunternehmen, Versorgungsbetriebe und Behörden können die Planauskünfte jederzeit und kostenlos über die Internetanwendung ‚Trassenauskunft Kabel‘ unter <https://trassenauskunft-kabel.telekom.de> beziehen.</p> <p>Voraussetzung dazu ist der Abschluss eines Nutzungsvertrages.</p> <p>Die Aufgrabungsanzeigen (Schachtscheine) werden nur in Ausnahmefällen manuell bearbeitet. Hierbei kann es jedoch zu verlängerten Bearbeitungszeiten kommen. Für diese Fälle bitten wir Ihre Unterlagen schriftlich an Deutsche Telekom Technik GmbH T NL Ost PTI 11 Fertigungssteuerung 01059 Dresden zu senden.</p>	<p>– Kenntnisnahme, kein inhaltlicher Handlungsbedarf</p> <p>– Hinweise betreffen nicht den Bebauungsplan, sondern die Erschließungsplanung und werden dabei soweit möglich berücksichtigt</p>

Nr.	Behörden und TÖB	Datum	Inhalt der Stellungnahme	Umgang mit der Stellungnahme/ Berücksichtigung im Entwurf
			Die Kabelschutzanweisung der Telekom Deutschland GmbH ist zu beachten.	
19	Industrie- und Handelskammer Dresden	24.11.2020	Mit dem vorgelegten Bebauungsplan Nr. 07/2018 ‚Wohnbebauung Am Vogel‘ der Gemeinde WeinböhlA sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung eines Eigenheimstandortes geschaffen werden. Aus Sicht der Industrie- und Handelskammer Dresden bestehen dazu keine Bedenken . Planungsabsichten kammerzugehöriger Unternehmen, die dem weiteren Verfahren entgegenstehen oder in diesem Beachtung finden sollten, sind uns zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht bekannt.	– Kenntnisnahme, kein inhaltlicher Handlungsbedarf
20	Handwerkskammer Dresden	---	---	---
21	Polizeidirektion Dresden	---	---	---
22	Ev.-Luth. Landeskirchenamt Dresden	04.11.2020	Wir haben die uns zugesandten Unterlagen am 02.11.2020 erhalten und an die betroffene Kirchgemeinde (Ev.-Luth.-St. Martins-Kirchgemeinde WeinböhlA) übersandt. Wir kommen gegebenenfalls unaufgefordert auf Sie zu.	– Kenntnisnahme, kein inhaltlicher Handlungsbedarf
23	Bischöfliches Ordinariat Bistum Dresden-Meißen	02.11.2020	Öffentliche Belange der katholischen Kirche werden durch oben genanntes Vorhaben nicht berührt .	– Kenntnisnahme, kein inhaltlicher Handlungsbedarf
24	Grüne Liga Sachsen e.V.	---	---	---
25	Landesverein Sächsischer Heimatschutz e.V.	04.12.2020	Der Landesverein Sächsischer Heimatschutz e.V. bedankt sich für die Beteiligung am o. g. Verfahren. Der Planungsanlass zur Bereitstellung von Eigenheimstandorten ist aufgrund der Planungsziele, insbesondere dem Einfügen in die Umgebung und der Berücksichtigung der Umweltbelange aus unserer Sicht zu befürworten. Hinsichtlich der naturschutzfachlichen Belange kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt der frühzeitigen Auslegung noch keine abschließende Bewertung erfolgen. Der artenschutzrechtliche Fachbeitrag und die Ausweisung von Ersatzhabitaten für die Zauneidechse sind noch ausstehend. Wir unterstützen die kompensatorische Maßnahme von Dachbegrünungen, obgleich für die Anerkennung als Ausgleichsmaßnahme dazu leider noch keine rechtsverbindliche Entscheidung vorliegt. Das Erscheinungsbild (Ortsbild) eines Wohngebietes wird wesentlich von der Dachlandschaft und der Fassadengestaltung bestimmt. Daran wird auch der ästhetische Wert eines Wohngebietes gemessen. Bezogen auf das Schutzgut Landschaftsbild sind die bauordnungsrechtlichen	<ul style="list-style-type: none"> – Artenschutzfachbeitrag wurde erarbeitet, von der unteren Naturschutzbehörde bestätigt und wird im Bebauungsplan-Entwurf, Grünordnungsplan sowie Umweltbericht entsprechend berücksichtigt und den Entwurfsunterlagen zur Beteiligung beigelegt – in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde wurden die geforderten Arten untersucht, Vorkommen von Zauneidechsen wurde nachgewiesen, geeignetes Ersatzhabitat in WeinböhlA wird in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde vor Satzungsbeschluss vertraglich gesichert – Eingriffs- / Ausgleichsbilanzierung ist im Entwurf des Grünordnerischen Fachbeitrages enthalten, erforderliche externe Ausgleichsmaßnahme wird (in Form einer Ökokontomaßnahme in Gohla) der Planung zugeordnet

Nr.	Behörden und TÖB	Datum	Inhalt der Stellungnahme	Umgang mit der Stellungnahme/ Berücksichtigung im Entwurf
			Festsetzungen zur Dach- und Fassadengestaltung zur Bewahrung kulturlandschaftsspezifischer Bauweisen und Siedlungsbilder besonders positiv hervorzuheben. Dem Entwurf zur frühzeitigen Beteiligung wird zugestimmt , wir bitten um weitere Beteiligung am Verfahren.	
26	Naturschutzbund Deutschland (NABU) Landesverband Sachsen e.V.	---	---	---
27	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND), Regionalgruppe Radebeul und Moritzburger Land	04.12.2020 (Eingang)	<p>Wir lehnen die geplante Bebauung aus folgenden Gründen ab:</p> <p>1. Hochwertige Biotope werde unwiederbringlich zerstört. Magerkeitszeiger (allen voran das Bergsandglöckchen!) deuten auf möglicherweise gesetzlich geschützte Trockenbiotop hin, auch wenn die Planung dies negiert. Ein Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag muss die Biotopeinschätzung nachvollziehbar prüfen und darlegen.</p> <p>2. Zauneidechsen müssen umgesiedelt werden. Dies lehnen wir ab, da es kaum möglich ist, alle Individuen zuverlässig abzufangen. Damit ist das Verfahren juristisch angreifbar. Zudem ist der Lebensraum der Zauneidechsen zugleich für zahlreiche weitere Arten von erheblicher Relevanz. Diese Lebensgemeinschaft insgesamt profitiert von der Umsiedlung keinesfalls, sondern wird dem Bauvorhaben geopfert.</p> <p>3. Durch die Versiegelung und den damit induzierten Verkehr wird das Mikroklima erheblich belastet.</p> <p>4. Bislange ist kein ausreichender Ausgleich ersichtlich. Eine umfassende Bilanzierung ist vorzulegen und der vollständige Ausgleich fachlich und räumlich nachzuweisen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - besonders oder streng geschützte Pflanzenarten wurden nicht festgestellt - der südliche Bereich wird von ruderalen Arten dominiert, wobei in geringerem Umfang sowohl Vertreter der Glatthaferwiesen als auch Magerkeitszeiger vorkommen, es ist als Ruderalflur trocken warmer Ausprägung charakterisiert - Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag wurde in Abstimmung mit unterer Naturschutzbehörde erstellt, bei der Planung berücksichtigt und wird zum Entwurf beigefügt - Artenschutzfachbeitrag wurde erarbeitet, von der unteren Naturschutzbehörde bestätigt und wird im Bebauungsplan-Entwurf, Grünordnungsplan sowie Umweltbericht entsprechend berücksichtigt und den Entwurfsunterlagen zur Beteiligung beigefügt - in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde wurden die geforderten Arten untersucht, Vorkommen von Zauneidechsen wurde nachgewiesen, geeignetes Ersatzhabitat in Weinböhlä wird in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde vor Satzungsbeschluss vertraglich gesichert - es wird ferner eine schriftliche Genehmigung zum Absammeln und Umsetzen von der zuständigen Naturschutzbehörde eingeholt - Mikroklima wird im Rahmen der Umweltprüfung betrachtet - aufgrund der getroffenen Maßnahmen wie Anpflanzungen von Gehölzen, Dachbegrünung von Nebengebäuden, Minderung der Versiegelung durch wasserdurchlässige Befestigungen sowie der geringen klimatischen Belastung des Umfeldes aufgrund der hohen Durchgrünung der zersiedelten Ortsstruktur sind die Beeinträchtigungen nicht als erheblich einzustufen - Eingriffs- / Ausgleichsbilanzierung ist im Entwurf des Grünordnerischen Fachbeitrages enthalten, erforderliche externe Ausgleichsmaßnahme (Ökokontomaßnahme in

Nr.	Behörden und TÖB	Datum	Inhalt der Stellungnahme	Umgang mit der Stellungnahme/ Berücksichtigung im Entwurf
				<p>Gohla) wurde mit der unteren Naturschutzbehörde abgestimmt, wird der Planung zugeordnet und vor Satzungsbeschluss vertraglich gesichert</p> <ul style="list-style-type: none"> – Begründung wird diesbezüglich aktualisiert
			<p>5. Flurstücke, die zum Geltungsbereich des Planes gehören werden, müssen auch in der Bilanzierung des Geltungsbereiches berücksichtigt werden. Es ist nicht statthaft, dies in eine separate Planung, den Straßenausbau, auszulagern.</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Eingriffs- / Ausgleichsbilanzierung ist im Entwurf des Grünordnerischen Fachbeitrages enthalten, anteilige Flächen des Straßenausbau Forststraße sind berücksichtigt
			<p>6. Die Kanalisation ist nicht aufnahmefähig. Zwar soll das auf den Grundstücken anfallende Niederschlagswasser versickert werden, es fällt aber auch auf den Verkehrsflächen Niederschlagswasser an. Es ist davon auszugehen, dass bei Starkregenereignissen die Kanalisation Weinböhlas zukünftig überlastet sein wird. Eine kumulierende Wirkung mit weiteren Bauplänen wird nicht berücksichtigt, ist in diesem Zusammenhang aber zwingend, da das Niederschlagswasser wie die Abwässer der Bewohner*innen der Neubaugebiete insgesamt in die Kanalisation münden. Der Gemeinde wird dringend angeraten, vor einer weiteren Bautätigkeit das Abwassernetz zu ertüchtigen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> – WeinböhlA verfügt überwiegend nicht über Regenwasserkanäle, sondern das Regenwasser ist jeweils vor Ort zu verbringen, was dem Grundwasserhaushalt zugutekommt – auch das auf den Verkehrsflächen anfallende Niederschlagswasser wird innerhalb der Straßenräume zur Versickerung gebracht, dies ist bereits festgesetzt
			<p>7. Die Ausrichtung der Gebäude ist nicht konsequent für eine Nutzung von Solarenergie optimiert.</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Anordnung der Gebäude orientiert sich an der umgebenden Bebauung und soll sich einfügen sowie die Straßenräume fassen – festgesetzte Satteldächer und Firstrichtungen ermöglichen überwiegend eine Sonnenenergienutzung
28	Schutzgemeinschaft Deutscher Wald e.V. Landesverband Sachsen e.V.	---	---	---
29	Landesjagdverband Sachsen e.V.	---	---	---
30	Landesverband Sächsischer Angler e.V.	---	---	---
31	Naturschutzverband Sachsen e.V. (NaSa)	---	---	---

Nr.	Nachbargemeinden	Datum	Inhalt der Stellungnahme	Umgang mit der Stellungnahme/ Berücksichtigung im Entwurf
01	Stadtverwaltung Coswig	23.11.2020	Wir danken Ihnen für die Zusendung der o. g. Planungsunterlagen. Zum Vorhaben bestehen keine Einwände. Die Belange der Stadt Coswig sind nicht berührt. Wir bitten um Einbeziehung im weiteren Planverfahren.	– Kenntnisnahme, kein inhaltlicher Handlungsbedarf
02	Große Kreisstadt Meißen	03.11.2020	Zum vorliegenden Vorentwurf des Bebauungsplanes Nr. 07/2018 „Wohnbebauung Am Vogel“ in der Fassung vom 13. Oktober 2020 bestehen seitens der Großen Kreisstadt Meißen keine Bedenken. Der Bebauungsplan ist aus dem rechtskräftigen Flächennutzungsplan der Gemeinde Weinböhla entwickelt. Die notwendige soziale Infrastruktur ist im Zuge der Neuausweisung von Wohngebieten bereitzustellen und zu entwickeln. Zu weiteren Fragen stehe ich Ihnen unter o. g. Adresse und Telefonnummer gern zur Verfügung.	– Kenntnisnahme, kein inhaltlicher Handlungsbedarf
03	Gemeindeverwaltung Niederau	03.11.2020	Für die Einbeziehung unserer Gemeinde zur Anhörung und zur Beurteilung der oben angeführten Planmaßnahme möchten wir uns bei Ihnen freundlich bedanken. Wir teilen Ihnen mit, dass seitens der Gemeindeverwaltung Niederau keine Einwände zum Vorentwurf und zur beabsichtigten Aufstellung des B-Planes Nr. 07/2018 ‚Wohnbebauung Am Vogel‘ bestehen.	– Kenntnisnahme, kein inhaltlicher Handlungsbedarf
04	Gemeindeverwaltung Moritzburg	04.12.2020	Von Seiten der Gemeinde Moritzburg bestehen keine Einwände gegen den Bebauungsplan Nr. 07/2018 ‚Wohnbebauung am Vogel‘ - Vorentwurf in der Fassung vom 13.10.2020.	– Kenntnisnahme, kein inhaltlicher Handlungsbedarf

Öffentlichkeit	Datum	Inhalt der Stellungnahme	Umgang mit der Stellungnahme/ Berücksichtigung im Entwurf
---	---		-